

Stadt Zürich Gemeinderat Parlamentsdienste Stadthausquai 17 Postfach, 8022 Zürich

Tel 044 412 31 10 Fax 044 412 31 12 gemeinderat@zuerich.ch www.gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 86. Ratssitzung vom 15. Januar 2020

2102. 2019/51

Postulat der Grüne- und AL-Fraktion vom 30.01.2019: Verankerung des Konzepts «Diversität» in der städtischen Altersstrategie

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 883/2019): Der Alterungsprozess löst eine Dynamik aus, die uns zunehmend vulnerabler macht. Im Alter verändert sich unser Geist und unser Körper. Diese Veränderungen rufen Veränderungen im sozialen Kontext hervor. All die Wechsel und Abschiedssituationen von unseren Lebenspartnerinnen, -partner und von unserem Zuhause steigern unsere Verletzlichkeit. Es entstehen Risikosituationen für uns und für die Personen, die uns zu diesem Zeitpunkt umsorgen. Biologische, psychologische und soziale Systeme, die bis zu diesem Zeitpunkt harmonierten, geraten durcheinander. Diese Disbalance sieht bei jeder Person anders aus. Alters- und Pflegezentren sind qua ihrer Gründung beziehungsweise Existenz von einer enormen Vielfalt geprägt. Menschen, die in diesen Institutionen leben, sind in vielen Situationen stark vom Personal abhängig, was wiederum hohe Anforderungen an Betreuung und Pflege stellt. Neben der Wirtschaftlichkeit der Organisation dieser Zentren und der Qualitätssicherung der Pflege und Betreuung müssen sie bestrebt sein, auch den Individuen aus Fleisch und Blut mit Haut und Haar gerecht zu werden. Alte Menschen sind nicht schlichtweg Personen jenseits des 65. Lebensjahrs, die mit Gebrechen kämpfen müssen. Sie alle verfügen über eine Biographie, die durch ihre Geschlechtsidentität, Hautfarbe, Nationalität, sexuelle Orientierung oder die finanziellen Möglichkeiten geprägt wurde. Gerade in dieser Situation entfaltet die Biographie eine zentrale Machtwirksamkeit. Daneben darf nicht vergessen gehen, dass die Gesundheitsinstitutionen keine leeren Einheiten sind. Auch Mitarbeitende und insbesondere diejenigen der Pflege- und Alterszentren sind sehr heterogen zusammengesetzt. Sie bilden unterschiedliche Berufsgruppen und Qualifizierungsgrade und stammen aus unterschiedlichen Ländern. Als Mitglieder der Gesellschaft stellt das medizinische und das Pflegepersonal in diesen Zentren keine Menschenmenge dar, die frei von Stereotypen und Vorurteilen wäre. Das gilt auch für die Organisationen selbst, die als Produkte unserer Gesellschaft die Tendenz haben, die Defizite zu reproduzieren. In den Alters- und Pflegeinstitutionen trifft Vielfalt auf Vielfalt; Diversity auf Diversity. Es ist daher einleuchtend, wenn die Stadt im Rahmen der neuen, flamboyanten Altersstrategie diese Realität anerkennt und entsprechende Prinzipien, spezifische Ziele und konkrete Massnahmen formuliert, wie diese Diversität bei den älteren Menschen geschützt und gefördert werden kann. Es braucht beispielsweise kontinuierliche Aus- und Weiterbildungsangebote, damit die Sensibilität für dieses Thema entstehen kann. Das Personal bildet in diesen Situationen die effektivste Hürde gegen Diskriminierungen jeglicher Art. Wir zweifeln nicht daran, dass der Stadtrat diese Meinung vertritt und bisher stets vertrat.



2/3

Heute erwähnte er mehrfach die Diversitätsthematik. Bereits unternahm er zaghafte Versuche, um die Diversität in den Alters- und Pflegezentren zu erhöhen. Beispielsweise sind das die Eröffnung von Abteilungen für Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten und die Übernahme der mediterranen Abteilung am Alterszentrum Erlenhof. Für uns kann das Thema jedoch nicht nur punktuell angegangen werden. Es ist nett, aber relativ unwirksam, wenn die Zentren National- oder LGBT-Flaggen aufhängen, um die Identitäten der Bewohnerinnen und Bewohner zu widerspiegeln. Es reicht nicht aus, wenn jemand auf der Abteilung Arabisch, Spanisch oder Swahili spricht. Diversität muss umfassend – Top-down, Bottom-up und queer – angegangen werden. So wird sie nicht als Ausnahme, als Seltenheit oder als Störung innerhalb des Systems, sondern als Bereicherung für das Individuum und für die gesamte Gemeinschaft betrachtet.

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. Februar 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Hier wird der Stadtrat aufgefordert, im Rahmen der angekündigten Überprüfung der städtischen Alterspolitik Diversität in der Altersstrategie zu integrieren. Insbesondere soll er dafür garantieren, dass die Perspektive von nationalen, Geschlechter- und sexuellen Minderheiten und von Personen mit einer körperlichen, psychischen oder geistigen Behinderung definiert werden kann. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Warum sollte das nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen gelten und nicht für alle? Warum sollten LGBTIQ-Menschen besser betreut werden als alle anderen? Das ist aus unserer Sicht eine klare Ungleichbehandlung. Auch von LGBTIQ-Menschen kann erwartet werden, dass sie vereinzelte Abstriche beispielsweise in einem Alterszentrum - machen müssen. Das geht anderen Bevölkerungsgruppen gleich. Bereits heute nimmt unserer Ansicht nach die Alterspolitik auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Rücksicht, sofern das möglich und finanziell vertretbar ist. Stadtrat Andreas Hauri betonte heute wieder, dass das Thema Diskriminierung behandelt wird. Das wir bereits heute so gelebt und benötigt deshalb keine Änderung. Hier sollen für bestimmte Bevölkerungsgruppen Privilegien geschaffen werden, die aus unserer Sicht unnötig und auch ungerecht sind.

Weitere Wortmeldungen:

Barbara Wiesmann (SP): Die SP unterstützt das Postulat. Die Gesellschaft wird diverser und dem sollte auch in der Altersstrategie gerecht werden. Heute wird bereits sehr viel für Minderheiten und für Personen mit einer körperlichen, psychischen oder geistigen Behinderung gemacht. Das gilt vor allem für die, die sich bereits in einem Altersoder Pflegezentrum befinden. Es besteht Potenzial, den Zugang allen bekannter und einfacher zu machen sowie Vorurteile und Hürden zu beseitigen. Wie der Stadtrat in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2018/346 festhielt, gibt es Minderheiten, die befürchten, dass sie in einer Regelinstitution erneut Ablehnung erfahren. Aus diesem Grund treten sie nicht in eine Institution ein. Dem soll entschieden entgegengetreten werden, weshalb es wichtig ist, dass die Diversität in der Altersstrategie berücksichtigt wird und Haltungsfehler definiert werden.



3/3

Corina Ursprung (FDP): Auch die FDP unterstützt das Postulat. Auch wir wollen, dass Diversität in der Altersstrategie berücksichtigt wird.

Guy Krayenbühl (GLP): Wir sind davon überzeugt, dass unser Stadtrat in dieser ersehnten Altersstrategie die Diversität berücksichtigen wird. Wir hoffen nur, dass wir aufgrund lauter Diversität nicht länger auf ihre Fertigstellung warten müssen.

Stefan Urech (SVP): Wir sind die einzige Fraktion, die es nicht für notwendig hält, dass wir einem rotgrünen Stadtrat per Postulat vorschreiben müssen, dass er Minderheiten berücksichtigen muss. Wiederholt wurde von den verschiedenen Fraktionen und vom Stadtrat betont, dass dies selbstverständlich sei. Es handelt sich darum lediglich um ein Show-Postulat.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Die Diversität wird im Rahmen der Altersstrategie ein wichtiges Thema sein. Es geht nicht darum, gewisse Gruppierungen zu bevorteilen. Die Diversitätsabbildung in der Altersstrategie soll unsere heutige Gesellschaft abbilden und keine Gruppierung bevorteilen. In Zürich werden viele Lebensformen gelebt und es bestehen unterschiedliche Ansprüche und Vorstellungen. Dem wollen wir gerecht werden. Das Postulat können wir in vielen Punkten bereits präsentieren. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Diversität Teil der Altersstrategie ist.

Das Postulat wird mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des C	Semeinderats

Sekretariat

Präsidium